

## Bundestagswahl 2009

### Welche Landwirtschaft wählt Deutschland?

Mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 wird auch über die Weichenstellungen in der Land- und Ernährungswirtschaft abgestimmt.

Wie stehen die Parteien zu den großen Herausforderungen Landwirtschaft, Ernährung und Verbraucherschutz betreffend?

Die Parteien haben anhand der Naturland Wahlprüfsteine Stellung bezogen zu den Bereichen Ökologischer Landbau, Tierschutz, Agro-Gentechnik, der europäischen Agrarpolitik, zur globalen Ernährungssicherung und auch ihre Wünsche für den Ökologischen Landbau für das Jahr 2020 geäußert.



Naturland hatte für die Beantwortung jeder Frage maximal 1000 Zeichen (plus Leerzeichen) vorgegeben. Leider wurde diese Vorgabe insbesondere von der FDP nicht eingehalten. Alle Antworten sind dennoch ungekürzt und im Original wiedergegeben. Ab 1200 Zeichen wurde die Zeichenüberschreitung farblich (grün) sichtbar gemacht um fair gegenüber allen Antworten zu bleiben, die sich an die Zeichenvorgabe gehalten haben. Die Verantwortung für Inhalt und Form der Antworten liegt bei den Parteien.

Die Reihung der Antworten der Parteien spiegelt die Reihenfolge des Eingangs der Rückmeldungen/ Beantwortung der Wahlprüfsteine der Parteien wider.



angefragt und geantwortet **MdB Hans-Michael Goldmann**

(ordentliches Mitglied und Obmann für die FDP im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages)



angefragt und geantwortet **MdB Dr. Kirsten Tackmann**

(ordentliches Mitglied und Obfrau für DIE LINKE im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages)



angefragt **MdB Peter Bleser**, geantwortet **CDU Deutschland**

(ordentliches Mitglied und Obmann für die CDU im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages)



angefragt und beantwortet **MdB Ulrike Höfken**

(Vorsitzende des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Deutschen Bundestages)



angefragt **MdL Udo Folgart**, geantwortet **SPD-Parteivorstand**

(Mitglied des „SPD-Schattenkabinetts“ für das Amt des Bundeslandwirtschaftsministers),



angefragt **Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner**

nach Rücksprache sollte die CSU-Fraktion die Wahlprüfsteine beantworten, damit die CSU-Position zu den Themen transportiert würde. Dies ist leider – trotz mehrmaliger Nachfrage – nicht erfolgt.

## Naturland Wahlprüfsteine 2009 - Die Antworten der Parteien (Grün = Zeichenüberschreitung 1200 Zeichen)

### 1. Ökologischer Landbau

#### 1.1 Förderung des Ökologischen Landbaus

Nach Einschätzung vieler Experten ist der Ökologische Landbau die nachhaltigste Form der Landbewirtschaftung. Trotzdem hat die Bundesregierung diesen nicht in ihren 2008 veröffentlichten Fortschrittsbericht "Für ein nachhaltiges Deutschland" mit aufgenommen.

**Frage: Würden Sie sich nach der Bundestagswahl dafür einsetzen, dass der Ökologische Landbau nachträglich noch in den Fortschrittsbericht mit aufgenommen wird?**



Die Liberalen

Zukünftig müssen die gesamtgesellschaftlichen Leistungen der Landwirtschaft insbesondere auch im Fortschrittsbericht der Bundesregierung stärker berücksichtigt werden.

**DIE LINKE.** Eine Aufnahme des Ökolandbaus in den Fortschrittsbericht „Für ein nachhaltiges Deutschland“ ist aus Sicht der LINKEN möglich, aber nur bedingt wirksam. Die Wirkung des Fortschrittsberichts ist begrenzt und politische Konsequenzen erfolgen nicht zwangsläufig. Dazu kommt, dass auch die Bewertung des ökologischen Landbaus unterschiedlich ausfallen kann, z. B. in sensiblen Gebieten. So kann auch eine hohe Intensität in der ökologischen Landwirtschaft umweltpolitisch an Grenzen stoßen. Ein Beispiel ist die Errichtung von intensiven Großanlagen der Freiland-Legehennenhaltung im Naturpark Stechlin. Hier stoßen auch in Ökobetrieben Umwelt- an Wirtschaftsinteressen.



Die Situation des Ökolandbaus in Deutschland ist im Fortschrittsbericht 2008 zur Nachhaltigkeitsstrategie im Kapitel „Stand der Nachhaltigkeit“ eingehend beschrieben. Da wir Nachhaltigkeit ganzheitlich begreifen, muss für die Schwerpunktthemen der Fortschrittsberichte immer eine Auswahl getroffen werden. In der Regel erfolgt dies entsprechend der aktuellen Brisanz, wie zum Beispiel beim Klimaschutz. Bei der Fortschreibung des Berichts werden wir gerne prüfen, ob der Ökolandbau auch als Schwerpunktthema noch ausführlicher als bisher behandelt werden kann



Ja. Bündnis 90/Die Grünen haben schon bei der Vorstellung des Fortschrittsberichts 2008 zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie scharf kritisiert, dass die Bundesregierung die Zielvorgabe, bis wann ein Anteil von 20 Prozent Ökolandbau in der Landwirtschaft erreicht werden soll, gestrichen hat. Denn damit haben sowohl CDU/CSU als auch SPD dieses Ziel faktisch aufgegeben. Wir Grüne werden uns auch nach der Bundestagswahl weiterhin dafür einsetzen, dass der Ökologische Landbau mit klaren Zielsetzungen in den Fortschrittsbericht aufgenommen wird.



Im Fortschrittsbericht aus dem Jahr 2008 ist im Bereich Landbewirtschaftung der Indikator 12 b „ökologischer Landbau“ aufgelistet.



keine Antwort

**Frage: Wie können nach Ihrer Meinung die gesellschaftlichen Leistungen des Öko-Landbaus in den Bereichen Boden-, Wasser-, Klima- und Artenschutz honoriert werden?**



Die FDP ist für ein gleichberechtigtes Nebeneinander der verschiedenen Anbaumethoden in der Landwirtschaft. Durch die Verbesserung der agrarpolitischen Rahmenbedingungen muss der ökologische Landbau gestärkt und bestehende Hemmnisse müssen abgebaut werden. Mit der nationalen Umsetzung des FDP-Modells einer Kulturlandschaftsprämie und den damit verbundenen Direktbeihilfen erhalten auch ökologisch wirtschaftende Betriebe in Deutschland seit 2005 eine gute Basis-Förderung. Diese Förderung für den ökologischen Landbau muss, wie die Fördermaßnahmen der Zweiten Säule, gesichert werden. Die steigende Nachfrage nach Öko-Produkten bietet erhebliche Chancen für den ökologischen Landbau, die es zu nutzen gilt. Dazu erforderliche Verbesserungen der agrarpolitischen Rahmenbedingungen umfassen ein ganzes Maßnahmenbündel: Forschung, effizienteres Marketing, bessere Vermarktungsstrukturen, Beratung und Ausbildung. Privatrechtliche Standards müssen auch in Zukunft strenger gefasst werden können, als staatliche Mindestvorgaben. Die FDP teilt nicht die Auffassung der EU-Kommission, dass die Rolle von privatrechtlichen Standards der Öko-Verbände ein Handelshemmnis darstellt. Die privatrechtlichen Standards der Öko-Verbände haben sich nach Auffassung der FDP bewährt und sind beizubehalten.

**DIE LINKE.** Eine Honorierung der gesellschaftlichen Leistungen findet über die Flächenprämien für ökologischen Landbau statt. Diese müssen auch in Zukunft fortgesetzt sowie an die Rahmenbedingungen angepasst werden. Die Umstellungsförderung muss wirksam und verlässlich erfolgen.



Der ökologische Landbau ist eine Form der umweltfreundlichen Landbewirtschaftung, die wir besonders fördern und unterstützen. Dies geschieht schon seit 1989 und erfolgt heute innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK). Die Regelprämien zur Umstellung und Beibehaltung des Ökolandbaus sind gerade erst angehoben worden auf jeweils 210 Euro je Hektar (Einführung) und 170 Euro je Hektar (Beibehaltung) für Ackerbau und Grünland. Wir werden diese Unterstützungen weiter verlässlich gewähren und damit die Leistungen des Ökolandbaus für Umwelt und Gesellschaft honorieren. Wir wollen aber auch, dass die für den Natur-, Landschafts- und Artenschutz erbrachten Leistungen der Landwirtschaft und insbesondere des Ökolandbaus soweit wie möglich über den Markt realisiert werden können. Deshalb werden Verarbeitung und Vermarktung ökologisch erzeugter landwirtschaftlicher Produkte ebenfalls seit dem Jahr 1990 im Rahmen der GAK gefördert. Wir werden den Ökolandbau und ökologische Lebensmittelwirtschaft weiter kräftig unterstützen. Es gilt, ihre Position zu stärken durch die Zusammenarbeit in der Wertschöpfungskette, die Bildung von Erzeuger- und Absatzgemeinschaften und die Verbesserung der Vermarktung. Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung soll verstärkt über gesunde Ernährung, Lebensmittel und Umwelt- und Naturschutzleistungen der Landwirtschaft insbesondere auch des Ökolandbaus informiert werden.



Die Ansiedlung des ökologischen Landbaus in der zweiten Säule der EU-Agrarpolitik macht die Ökoprämien zum Spielball der politischen Mehrheitsverhältnisse und der Haushaltslage der Länder. Verschärft wurde dieses Problem durch die Kürzung der zweiten Säule, die Bundeskanzlerin Merkel verhandelt hat. Der Branche fehlt die Planungssicherheit. Es ist Ziel grüner Politik, die Honorierung von Bio-Betrieben auf verlässliche Füße zu stellen. Die EU-Agrarpolitik ist an sich das geeignete Instrument, um die gesellschaftlichen Leistungen des ökologischen Landbaus zu honorieren. Zu Zeit konzentriert sie sich aber einseitig auf die Förderung der Betriebe, die ihre Wettbewerbsfähigkeit in der Kostenführerschaft suchen und dafür auf Rationalisierung und Intensivierung setzen. Die nachteiligen ökologischen und sozialen Auswirkungen werden billigend in Kauf genommen.

Das wollen wir Grüne ändern indem wir die GAP reformieren nach dem Prinzip: öffentliches Geld nur für gesellschaftliche Leistungen.



Die Land- und Forstwirtschaft muss für ihre ökologischen und sozialen Dienstleistungen für die Gesellschaft honoriert werden. Im Rahmen der Neugestaltung des EU Agrarhaushalts nach 2013 sind jedoch die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich die finanzielle Förderung erforderlicher Maßnahmen stärker an der Erreichung vorab festgelegter Ziele orientiert. Hierzu müssen

- a) bestehende Bilanzierungen in der Land- und Forstwirtschaft, wie z.B. Hoftorbilanzen bei Düngemitteln, dahingehend überprüft werden, ob sie tatsächlich auch als messbare Zieldefinitionen geeignet sind.
- b) die Möglichkeiten z.B. der umweltökologischen Gesamtrechnung als monetäre Bemessungsgrundlage gesellschaftlicher Leistungen geprüft werden.
- c) auch externe Kosten in die Preisfindung land- und forstwirtschaftlicher Produkte einbezogen werden. Kosten für Schäden, die insbesondere an der Umwelt entstehen, müssen dem Produkt stärker angelastet und Verbraucherinnen und Verbrauchern über den wahren Produktpreis transparent gemacht werden. Hier sind geeignete Instrumente zu entwickeln, die eine Internalisierung dieser, bisher der Gesellschaft angelasteten Kosten in den Produktpreis gewährleisten können.

"Ökologische Betriebe haben deshalb Anspruch auf Unterstützung, weil sie besonders umweltgerecht arbeiten und regionalwirtschaftlich besondere Bedeutung haben. Auch konventionelle Betriebe erbringen besondere Leistungen - durch Weidehaltung, durch extensive Bewirtschaftung, durch besonders hohe Standards u. ä. Diese Leistungen muss die Gesellschaft dauerhaft honorieren."



keine Antwort

## **1.2 Import und Produktion Inland – die Schere geht weiter auseinander**

Die Nachfrage nach ökologischen Lebensmitteln ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Der Umsatz mit Öko-Produkten in Deutschland ist 2008 wieder in zweistelliger Höhe um ca. 10 % auf etwa 5,8 Mrd. € gewachsen. Dabei konnte die deutsche Erzeugung mit einem Zuwachs an Öko-Bäuerinnen und Öko-Bauern von 4,8% nicht mit dem veränderten Verbraucherverhalten Schritt halten. Folglich wird die Schere zwischen Import von Öko-Produkten und heimisch produzierter Menge immer größer.

**Frage: Was sind Ihrer Meinung passende Maßnahmen nach der Wahl um die Herstellung von Öko-Rohstoffen bzw. Produkten im Inland zu erhöhen?**



Die hohe Nachfrage nach Öko-Produkten bietet große Potenziale für den ökologischen Landbau. Die FDP ist für die Nutzung dieser Potenziale im Interesse der Landwirtschaft und der Verbraucher. Dazu sind die bisherigen Förderungen zu sichern und das bereits in der Antwort zu Frage 1 (*Kommentar Naturland: 1.1 Förderung des Ökologischen Landbaus*) dargestellte Maßnahmenbündel zur Stärkung des ökologischen Landbaus durchzusetzen. Der ökologische Landbau kann und muss einen wichtigen Beitrag leisten, um die global steigende Nachfrage nach Lebensmitteln zu sichern. Der ökologische Landbau hat das Potenzial, gemeinsam mit Tourismus, Hotellerie und Gastronomie, mit den Natur- und Großschutzgebieten als Impulsgeber für die Regionalentwicklung sowie zum Erhalt und zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu werden. Die FDP wird den ökologischen Landbau hierbei unterstützen.

**DIE LINKE.** In der Absatzförderung muss die Regionalität einen höheren Stellenwert bekommen. Viele Verbraucherinnen und Verbraucher honorieren bereits heute Bemühungen des Einzelhandels, regionale Produkte anzubieten. Diese Anstrengungen müssen gesteigert und unterstützt werden. Dazu müssen Erleichterungen in der Investitionsförderung für die regionale Verarbeitung und Vermarktung kommen. Die Steigerung der inländischen Produktion kann über Anreize zur betrieblichen Umstellung bzw. Maßnahmen gegen Bodenspekulationen auch zum Schutz umgestellter Flächen erfolgen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die Bereitschaft zur Umstellung nicht allein aus ökonomisch motivierten Image-Gründen herrühren sollte, sondern auch ideell getragen wird. Hier können Verbesserungen in der betrieblichen Aus- und Weiterbildung helfen, um das Wissen und die Identifikation mit dem ökologischen Landbau in der Praxis zu erhöhen. Ökolandbau ist eine Systemlandwirtschaft und das moderne Verständnis dazu bedarf einer fundierten Ausbildung.



Durch die Anhebung der Regelsätze für die Einführung und Beibehaltung des Ökolandbaus steigen auch die Anreize zur Umstellung. Wichtig ist es unserer Ansicht zudem, die Transparenz bei der Herkunftskennzeichnung zu verbessern. Deshalb will die CDU das Biosiegel weiterentwickeln und es mit einer Herkunftsangabe versehen. Dies erhöht die Transparenz für den Verbraucher und ist ein Wettbewerbsvorteil für deutsche Produzenten.



Auch Öko-Betriebe und die Betriebe, die umstellen wollen, brauchen Planungssicherheit. Mit ihrer verfehlten Förderpolitik haben CDU/CSU, SPD und FDP in Bund und Ländern aber für vollkommene Unsicherheit gesorgt z.B. durch die Aussetzung der Umstellungsförderung, das Absenken der Fördersätze und den Ausschluss der Ökobetriebe von anderen Agrarumweltmaßnahmen. Um Betriebe zur Umstellung zu motivieren brauchen wir ein politisches Klima, in dem Öko-Betriebe nicht nur geduldet werden, sondern als nachhaltige Landbewirtschaftungsform Wertschätzung erfahren. Dazu gehört auch eine deutliche Verbesserung der Fördersituation auf nationaler und europäischer Ebene. Wir Grüne werden uns auch dafür einsetzen, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Bei Absatzförderung und Gemeinschaftsmarketing soll sich die Politik nur für die Bereiche engagieren, die auch von gesamtgesellschaftlichem Interesse sind wie die Unterstützung von regionalen, tiergerechten und ökologischen Produkten.



Siehe Antwort unter 1.1 Förderung des Ökologischen Landbaus



keine Antwort

### 1.3 Weniger Mehrwertsteuer für Öko-Konsumenten

Klima- und umweltbewusste Verbraucher, die sich für Öko-Produkte entscheiden, zahlen im Moment einen doppelten Aufschlag – durch höhere Preise und durch die entsprechend höhere Mehrwertsteuer. Zusätzlich zahlen Öko-Konsumenten die gleichen direkten Steuern (z.B. Einkommenssteuer) wie jeder andere Bürger, obwohl Öko-Produkte für den Staat erwiesenermaßen geringere externe Kosten verursachen als vergleichbare konventionelle Produkte (z.B. für die Trinkwasserreinhaltung, die Beseitigung von Umweltschäden oder die Abmilderung des Klimawandels). Öko-Konsumenten werden durch ihre Kaufentscheidung klar finanziell benachteiligt.

**Frage: Würden Sie sich nach der Bundestagswahl für Mehrwertsteuerermäßigungen bei Öko-Produkten einsetzen?**



Die Liberalen

Die Umsatzsteuer ist immer wieder Gegenstand der Diskussion. Eine Überprüfung ist deshalb insbesondere hinsichtlich der ermäßigten Umsatzsteuersätze dringend notwendig. In der nächsten Legislaturperiode wird die Umsatzsteuer Gegenstand der politischen Diskussion sein. Es gilt genau abzuwägen, welche Produkte oder Dienstleistungen mit dem ermäßigten bzw. mit dem Normalsatz belastet werden, so dass es insgesamt zu einer ausgewogenen Lösung kommt. Die FDP lehnt Forderungen aus den Reihen der CDU/CSU zur Erhöhung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes auf Lebensmittel strikt ab.

**DIE LINKE.** Nein, für einen Großteil der Nahrungsmittel aus Öko-Produktion gilt ohnehin der reduzierte Mehrwertsteuersatz. Dazu kommt, dass die Mehrwertsteuer an sich kein Instrument der Umweltpolitik ist und es auch nicht werden sollte.



Die CDU spricht sich im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der CSU für eine strukturelle Überprüfung der Vorschriften zur Mehrwertsteuerbelastung aus. Wir wollen nicht mehr zeitgemäße und für die Bürger nicht nachvollziehbare Belastungswirkungen korrigieren.



Wir Grüne halten eine umfassende Umsatzsteuerstrukturreform für nötig: Die Struktur der Mehrwertsteuersätze muss einer grundsätzlichen Analyse unterzogen und neu geordnet werden, weil eine Reihe von Ungereimtheiten zu Recht auf wachsendes Unverständnis und schwindende Akzeptanz stößt. Eine solche Strukturreform kann angesichts der krisenbedingt enorm gestiegenen Staatsverschuldung nur aufkommensneutral sein. Allerdings hat es bei der europäischen Entscheidung zu den ermäßigten Mehrwertsteuersätzen keine Einigung für die Ökoprodukte gegeben. Die reduzierten Mehrwertsteuersätze wurden auf Grund von Studien als nur bedingt tauglich eingeschätzt, um ökologische Ziele zu erreichen. Bündnis 90/Die Grünen werden das Thema genau im Auge behalten, denn es ist uns sehr wichtig, dass Verbraucherinnen und Verbraucher, die sich für ökologisch erzeugte Produkte entscheiden, keine finanzielle Benachteiligung erfahren. Vielmehr muss der Schritt zu guten umweltfreundlichen Produkten erleichtert werden.



Siehe Antwort unter 1.1 Förderung des Ökologischen Landbaus



keine Antwort

## 2. Tierschutz

Die ökologischen Anbauverbände arbeiten an der Verbesserung tiergemäßer Standards, um für die negativen Folgen der industriellen Tierhaltung, wie z.B. das Töten männlicher Küken in der Eierproduktion Alternativen aufzeigen zu können. Neue Forschungsprojekte sind dringend geboten und die Öffentlichkeit muss für die Probleme der Landwirte sensibilisiert werden. Die Erforschung alternativer Lösungen wie z.B. die Verwendung von Zweinutzungsrasen bei den Hühnern sind bei der monopolisierten Struktur schwer durchzusetzen und teuer. Dies führt unweigerlich zu höheren Fleisch- und Eierpreisen.

**Frage: Wie wird Ihre Partei nach der Bundestagswahl die Forschung und das Marketing für Alternativen in der Produktion tierischer Produkte fördern?**

## FDP

Die Liberalen

Die nun begonnene Revision der geltenden Richtlinie aus dem Jahre 1986 wird von der FDP ausdrücklich begrüßt, da der wissenschaftliche Fortschritt in den vergangenen mehr als 20 Jahren eine neue Bewertung der Notwendigkeit und des Ablaufs von Tierversuchen dringend erforderlich macht. Die FDP hat in diesem Zusammenhang ein besonderes Interesse daran, dass in den laufenden Verhandlungen ein ausgewogener Kompromiss gefunden wird, um hohe Schutzstandards bei Tierversuchen bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Belange von Industrie und Forschung EU-weit zu etablieren. Im Sinne einer modernen Tierschutzpolitik sollte deshalb die Schaffung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden intensiver gefördert werden, um kein Tier unnötig Tests oder Untersuchungen auszusetzen. Die im deutschen Tierschutzgesetz bereits verankerten hohen Schutzstandards bei Tierversuchen können dabei als Richtschnur dienen. Allerdings ist es nach Meinung der FDP ebenfalls unstrittig, dass insbesondere im letzten Jahrzehnt in Deutschland und anderen führenden Mitgliedstaaten bereits deutliche Fortschritte in der Wissenschaft zu einem erheblichen Rückgang der Tierversuche geführt haben. Alternativmethoden haben hierbei einen wertvollen Beitrag geleistet und die Entwicklung weiterer, neuer Verfahren ist zu erwarten. Trotz allem sind wir uns bewusst, dass es noch viele Bereiche gibt, in denen **die medizinische Forschung auf absehbare Zeit ohne Tierversuche leider nicht auskommen kann. Denn vor der Durchführung von klinischen Versuchen am Menschen gibt es in vielen Fällen immer noch keine Alternativen zu Tierversuchen im Rahmen der experimentellen Pharmakologie. Die Zahl der Tierversuche dabei so gering wie möglich zu halten, ist deshalb nicht nur im Interesse des Tierschutzes geboten, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Nach unserer Auffassung sollten aus diesem Grund zusätzliche bürokratische Maßnahmen für alle Betroffenen bei der Einhaltung hoher Tierschutzstandards auf ein Mindestmaß beschränkt werden und gleichzeitig darauf geachtet werden, dass die Vorgaben der Richtlinie hinreichend bestimmt sind, so dass in der gesamten Europäischen Union einheitlich hohe Schutzstandards bei Tierversuchen gelten. In diesem Sinne unterstützt die FDP auch ausdrücklich die konsequente Anwendung des von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen sog. 3R-Prinzips (Replacement, Reduction and Refinement) zur Vermeidung, Verbesserung und Verminderung der Verwendung von Versuchstieren. Schließlich fordern wir von der Bundesregierung und der Europäischen Ebene, verstärkt auf die Förderung zur Entwicklung von Alternativ- und Ergänzungsmethoden aufmerksam zu machen. Insbesondere die Forscher müssen über die Fördermöglichkeiten von Alternativmethoden informiert werden, um die Zahlen überflüssiger Tierversuche möglichst weitgehend zu verringern. Deutschland nimmt bei der Erforschung von Alternativmethoden zum Tierversuch eine führende Rolle ein. Die Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) leistet hervorragende Arbeit. Diese positive Arbeit der ZEBET muss weiter genutzt werden.**

**DIE LINKE.** Die aktuelle Tierhaltung ist oftmals geprägt von nicht tiergerechten Haltungformen, Anpassung der Tiere an Haltungssysteme und nicht umgekehrt, Tiertransporte, Akkordschlachtungen, die Tötung von scheinbar unproduktiven Tieren und Seuchenausbrüche. Das lehnt DIE LINKE ab. Wir brauchen eine nachhaltige Landwirtschaft, die sich an regionalen Kreisläufen orientiert. Alternative Formen der Produktion tierischer Produkte verlangen nicht nur Änderungen bei den Tierhaltungssystemen, sondern auch entsprechende Forschungsmittel: Low-Input-Systeme statt Agro-Gentechnik, Zwei- Nutzungsrassen statt Hochleistungstiere. Die BÖL-Forschung ist zu erhalten und auch das auf High-Tech fixierte BMBF ist in der Pflicht etwas für nachhaltige Landwirtschaft zu tun. Eine Kennzeichnung besonders tiergerechter Produkte kann ein wichtiger Beitrag sein, um die besondere Qualität dieser Erzeugnisse den Verbraucherinnen und Verbrauchern gegenüber kenntlich zu machen und entsprechend honoriert zu bekommen. Generell hält DIE LINKE die Förderung der Zucht alter Nutztierassen zum Erhalt der noch verbliebenen genetischen Vielfalt für sinnvoll und notwendig.

## CDU

Wir werden die Forschung für den Ökolandbau intensivieren. Auch das betonen wir ausdrücklich im Regierungsprogramm 2009 – 2013. Die Forschungen schließen Fragen der Tierzucht und -haltung mit ein. Die CDU setzt sich zudem für eine klare Kennzeichnung von Lebensmitteln und Produkten und Transparenz in der Frage ein, unter welchen Bedingungen Produkte hergestellt wurden. Dazu gehört auch eine freiwillige positive Tierschutzkennzeichnung.



Es ist uns ein wichtiges Anliegen, die staatliche Forschungsförderung für den ökologischen Landbau und die ökologische Tierhaltung deutlich auszubauen. Denn die bisherige Forschungsunterstützung spiegelt weder den Anteil der ökologischen Landwirtschaft an der gesamten Landwirtschaft noch die Bedeutung des ökologischen Landbaus für die Lösung der wichtigen gesellschaftlichen Herausforderungen – Welternährung, Klimawandel, Artenverlust und Wirtschaftskrise – wider. Leider wurde unser grüner Antrag „Forschung für den ökologischen Landbau ausbauen“ (Bt.-Drs. 16/9345) von der großen Koalition im Bundestag abgelehnt. Wir setzen uns zudem für eine Tierschutzkennzeichnung bei allen Lebensmitteln ein, um den Konsumenten die Möglichkeit zu geben, sich bewusst für Produkte aus artgerechter Tierhaltung zu entscheiden. Denn die Eierkennzeichnung hat deutlich gezeigt: Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Produkte aus alternativen Haltungsformen.



Die SPD verfolgt das Leitbild einer nachhaltigen und standortangepassten Landbewirtschaftung. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt sieht die SPD als dringliche Aufgabe. Auf der Maßnahmenebene müssen insbesondere die verschiedenen Landnutzer in Deutschland dafür Sorge tragen, dass die Agrobiodiversität erhalten bleibt. Wir müssen die Öffentlichkeit für dieses Thema weitaus stärker sensibilisieren als bisher. Dafür wird sich die SPD einsetzen. Die Entwicklungen im Bereich der kommerziellen Geflügelzucht sehen wir mit Sorge. Bereits im Jahr 2000 kommt der Wissenschaftliche Ausschuss für Tiergesundheit und Tierschutz in seinem Bericht über den "Schutz von Masthühnern (Broiler)" zu dem Schluss, dass die bei Hühnerrassen, die aufgrund ihrer Schnellwüchsigkeit üblicherweise zu Mastzwecken verwendet werden, verzeichnete hohe Wachstumsrate kein zufrieden stellendes Tierschutz- und Tiergesundheitsniveau gewährleistet. Diese Entwicklung dürfte sich durch den züchterischen Fortschritt weiter verschärft haben. Die Geflügelzucht ist ein internationales Geschäft, in dem nur noch eine eingeschränkte Anzahl an Unternehmen tätig ist. Diese Situation ist gerade aus Sicht der Erhaltung der Artenvielfalt äußerst bedenklich. Daher wollen wir ein stärkeres Augenmerk auf die negativen Folgen der züchterischen Entwicklungen sowohl bei diesen als auch bei anderen landwirtschaftlichen **Nutztieren richten. Besonders sinnvoll ist es, auch die Forschungsanstrengungen in diesem Bereich zu verstärken.**



keine Antwort

## 3. Agro-Gentechnik

### 3.1. MON 810 und Zulassung weiterer gentechnisch veränderter Pflanzen

Die Risiken der Agro-Gentechnik für Mensch und Umwelt sind nicht geklärt und die Zulassungsverfahren für Gentechnisch Veränderte Organismen (GVO) nach Auffassung der Europäischen Kommission und der Mitgliedsstaaten unzureichend. Zwei Drittel der Verbraucher in Deutschland und ganz Europa lehnen GMO in Lebensmitteln ab. Das im europäischen Recht verankerte Vorsorgeprinzip sowie der Respekt vor der Wahlfreiheit der Verbraucher hat viele europäische Staaten zu einer sehr restriktiven Politik bewogen.

**Frage 1: Werden Sie sich nach der Bundestagswahl für eine langfristige Aufrechterhaltung des Verbotes der genetisch veränderten Maissorte MON 810 einsetzen, um Landwirten und Verarbeitern Sicherheit zu geben?**



Die Entscheidung des Anbauverbots für MON810 war eine Fehlentscheidung. Die von ihr (*Kommentar Naturland: Gemeint ist hier Bundesministerin Ilse Aigner*) als Begründung herangezogenen Laborversuche waren bereits von ihrem wissenschaftlichen Ansatz her völlig ungeeignet, eine Aussage über die Beeinträchtigung von Nichtzielorganismen durch den Anbau von MON810 zu treffen. Mit Zwangsfütterungen von Marienkäfern und Wasserflöhen mit

Futter, das diese Tiere in freier Natur nie auswählen würden, kann die Beeinträchtigung von Nichtzielorganismen durch den Anbau von MON810 nicht nachgewiesen werden. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass der Anbau von MON810 die Natur weniger beeinträchtigt als der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln zur Bekämpfung des Maiszünslers. Besonders deutlich hat dies der bayerische Großversuch herausgearbeitet, bei dem über vier Jahre an fünf Standorten die Auswirkungen auf Nichtzielorganismen im Vergleich zur Anwendung von Pflanzenschutzmitteln untersucht wurde. Das Verwaltungsgericht Braunschweig hat allein das Verfahren bewertet, nicht aber die Grundlage der Entscheidung. Dieses Urteil ist daher keine inhaltliche Unterstützung des MON810-Verbots.

**DIE LINKE.** Ja. DIE LINKE lehnt die Agro-Gentechnik ab. Sie gefährdet die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei, Gesundheit, Umwelt und die Unabhängigkeit von Bäuerinnen und Bauern. Sie wird von 80% der Verbraucherinnen und Verbraucher nicht gewollt, ihnen von den bürgerlichen Parteien, der EU und der WTO allerdings aufgezwungen. Das ist nicht hinnehmbar. Das aktuelle Anbau-Verbot von MON 810 war überfällig. Aber es kann (leider) von einer neuen Bundesregierung aufgehoben werden. DIE LINKE sieht bei MON 810 vor allem Gefahren für die gentechnikfreie Landwirtschaft, Schutzgebiete und die Imkerei. MON 810 hat keine Zulassung als Lebensmittel, deshalb dürfen auch keine Spuren von MON 810 toleriert werden. Für DIE LINKE ist ganz klar: In Deutschland muss MON 810 verboten bleiben, die Anbauverbote der anderen EU-Länder sind zu unterstützen und MON 810 die Neuzulassung in der EU zu verweigern!



Die Gentechnik bietet in Bezug auf die sichere Ernährung der wachsenden Weltbevölkerung, die Verbesserung der Lebensmittelqualität und eine umweltfreundliche Versorgung mit Energie- und Rohstoffen große Chancen. Die CDU will sie als Zukunftsoption offen halten und weiter erforschen. Die konkrete Anwendung steht jedoch unter dem Grundsatz: „Sicherheit und Unbedenklichkeit haben gegenüber wirtschaftlichen Überlegungen Vorrang“. Jeder Einzelfall muss in einem strengen Zulassungsverfahren und anhand der jeweiligen neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse geprüft werden. Dies gilt auch für MON 810 und andere gentechnisch gezüchtete Maissorten.



Ja. Bündnis90/Die Grünen werden sich darüber hinaus auch dafür einsetzen, dass sich die Vertreter der zukünftigen Regierung in den entsprechenden EU-Gremien gegen eine Verlängerung der EU-rechtlichen Anbaugenehmigung für MON810-Mais um weitere 10 Jahre einsetzen.



Die SPD hatte das Verbot von MON810 lange gefordert und hält daran fest, da negative Umwelteffekte nicht ausgeschlossen werden können. Einen Eilantrag der Firma Monsanto gegen das Anbauverbot hat das Verwaltungsgericht Braunschweig am 5. Mai 2009 abgelehnt. In der Begründung heißt es, dass neuere Untersuchungen darauf hindeuten könnten, dass der im Genmais produzierte Giftstoff nicht nur gegen den Schädling wirke, der damit bekämpft werden solle, sondern auch gegen weitere Insekten. Außerdem sei nach aktuellen Studien davon auszugehen, dass sich die Genmaispollen deutlich weiter verbreiten können, als dies bisher angenommen wurde. Damit ist klar, dass die Zulassung von MON810 dem Vorsorgeprinzip widerspricht. Gleiches gilt für die Mais-Konstrukte Bt 11 und Bt 1507, denn ähnlich wie bei MON 810 können auch bei diesen Konstrukten negative Effekte auf Insekten und andere Organismen nicht ausgeschlossen werden.



keine Antwort

**Frage 2: In Brüssel stehen nun zwei weitere Maissorten zur Zulassung an, die gleiche Eigenschaften haben, wie der MON810. Wie soll sich Deutschland in den entsprechenden Abstimmungen verhalten?**

**FDP**

Die zukünftige Bundesregierung darf bei der Zulassung von gentechnisch veränderten Pflanzensorten nicht nach ideologischen, sondern muss nach streng wissenschaftlichen Kriterien entscheiden.

**DIE LINKE.** Egal ob MON 810, MON 863, Amflora, Bt11 oder 1507: Das Prinzip ist das Gleiche! Mit High-Tech-Pflanzen sollen agrartechnische Probleme gelöst werden. Dabei lauern Risiken beim Anbau, der Verarbeitung und der Verwendung. Die Agro-Gentechnik hilft keine Probleme zu lösen, oftmals werden sie stattdessen vergrößert oder neu hervorgerufen. Darum lehnt DIE LINKE die Agro-Gentechnik ab. Das gilt für alle transgenen Pflanzen (und Tiere). Ohne Ausnahme. Deutschland sollte sich bei den Abstimmungen in der EU gegen die Neuzulassung von transgenen Pflanzen aussprechen.

**CDU**

Siehe Antwort Frage vorher



Deutschland muss gegen die Anbauzulassung für die beiden neuen Gentech-Maislinien Bt11 und Bt1507 stimmen. Diese gehören - wie MON810-Mais - zu den sogenannten Bt-Pflanzen, die als besonders bedenklich hinsichtlich ihrer schädlichen Umweltwirkungen gelten, da sie in allen Pflanzenteilen ein Insektengift produzieren. Dazu kommt noch, dass es sich bei den beiden neuen Maislinien um gentechnisch veränderte Pflanzen mit gekoppelten Eigenschaften handelt, d. h. diese sind nicht nur insektenresistent, sondern auch noch resistent gegen das umstrittene Herbizid Glufosinat. Das Herbizid Glufosinat gehört zur Gruppe der Pestizide, die nach der im Januar 2009 verabschiedeten Verordnung zur Zulassung von Pestiziden wegen ernstzunehmender Risiken für Mensch und Umwelt vom Markt genommen werden muss.

**SPD**

Gleiches gilt für die Mais-Konstrukte Bt 11 und Bt 1507, denn ähnlich wie bei MON 810 können auch bei diesen Konstrukten negative Effekte auf Insekten und andere Organismen nicht ausgeschlossen werden.



keine Antwort

## **3.2 Selbstbestimmungsrecht der Regionen und Gentechnik-Moratorium**

Mehrere EU-Staaten haben vorgeschlagen, den einzelnen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit einzuräumen, selbstständig über die Genehmigung des GVO-Anbaus zu entscheiden.

**Frage 1: Unterstützen Sie eine solche Forderung?**

**FDP**

In der Landwirtschaft verpflichtet uns die EU zur Organisation der Koexistenz. Es muss der Anbau von herkömmlich gezüchteten Kulturpflanzen genauso möglich sein wie der Anbau von gentechnisch veränderten Kulturpflanzen.

**DIE LINKE.** So lange transgene Pflanzen in Europa (noch) nicht verboten sind, unterstützt DIE LINKE jedes Vorhaben, welches uns diesem Ziel ein Stück näher bringt. Wir sehen in den gentechnikfreien Regionen und Initiativen eine wichtige Gegenbewegung zum faktischen Gentechnik-Zwang durch die EU und die WTO. Daher unterstützen wir sie. Bisher beruhen die gentechnikfreien Regionen auf privatwirtschaftlichen Vereinbarungen. Wir wollen, dass sie sich rechtsverbindlich durch demokratische Entscheidungen zu solchen erklären können. Dauerhaft und kultursortenunabhängig. Im Rahmen der Koexistenz kann zum Schutz der gentechnikfreien Produktion schon jetzt durch den Bundestag das Gentechnikgesetz so geändert werden, dass verbindliche gentechnikfreie Regionen ermöglicht werden. Eine solche Änderung werden wir unterstützen.

**CDU** Grundlage einer Zulassungs- und Anbauentscheidung muss ein rein an wissenschaftlichen Kriterien orientiertes Verfahren sein. Dieses Verfahren muss EU-weit einheitlich geregelt sein und allen Bedenken Rechnung tragen. Wenn die Untersuchungen ergeben, dass eine gentechnisch veränderte Pflanze unbedenklich ist, muss auch der Anbau EU-weit möglich sein. Sollten sich Gefahren für die menschliche Gesundheit oder das Wohlbefinden der Tiere ergeben, ist eine solche Sorte für den Anbau nicht zuzulassen. Insofern lehnen wir eine gesetzliche oder behördliche Entscheidung über den regionalen Anbau ab. Die Landwirte sollen auf individueller Ebene entscheiden können. Die Koexistenzregelungen sichern ihnen die Wahlfreiheit. Natürlich können aber mehrere oder alle Landwirte in einer Region aufgrund von freiwilligen Vereinbarungen auf den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen verzichten.



Ja. Doch eine Änderung des EU-Rechts ist sehr langwierig und es ist nicht absehbar, ob die EU-Kommission bereit ist, die Initiative konkret anzugehen. Darum setzen wir Grüne uns dafür ein, dass gentechnikfreie Regionen so schnell wie möglich in Deutschland rechtlich gegen einen unerwünschten kommerziellen Anbau, aber auch gegen Freisetzungsexperimente in ihren Regionen vorgehen können. Bündnis 90/Die Grünen haben hierzu unter anderem ein Rechtsgutachten erstellen lassen, das zeigt: Bund, Länder und Kommunen könnten auch durch Änderungen des deutschen Gentechnikgesetzes gentechnikfreie Regionen besser als bisher vor einem unerwünschten Anbau von Genpflanzen schützen, wenn sie denn wollten. Anders als von Union und SPD behauptet ist es dazu nicht nötig, das langwierige Verfahren zur Änderung des EU-Rechts abzuwarten. Wir wollen, dass gentechnikfreie Regionen auch für alle Bauern verbindlich erklärt werden können, wenn dort vorrangig eine ökologische Lebensmittelproduktion stattfindet.



Die SPD unterstützt die Forderung, dass die einzelnen Mitgliedsstaaten selbst über die Anbaugenehmigung entscheiden können sollten.



keine Antwort

**Frage 2: Wenn dieser Forderung stattgegeben wird: sind Sie bereit in Deutschland ein Aussetzen des Anbaus von GVO anzuordnen?**



Die FDP setzt sich für die unternehmerische Freiheit der Landwirte ein. Wenn Landwirte auf den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verzichten wollen, ist das ihre freie unternehmerische Entscheidung und selbstverständlich können sie sich dazu verabreden. Die FDP setzt sich für das Verursacherprinzip ein. Wer Kosten verursacht, muss auch für die Finanzierung der Kosten eintreten. Nach dem von der Bundesregierung erlassenen Anbauverbot für den gentechnisch veränderten Mais MON810 sind keine Kosten für Ökobetriebe durch den GVO-Anbau zu erwarten.

**DIE LINKE.** Ja. Zum Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft, Imkerei und der Umwelt wäre ein möglichst großflächiger gentechnikfreier Anbau zu begrüßen.



Siehe Antwort Frage vorher



Sollte das EU-Recht so geändert werden, dass einzelne Mitgliedsstaaten selbstständig über die Genehmigung des GVO-Anbaus entscheiden können, sind wir Grüne selbstverständlich dafür, ein Aussetzen des Anbaus von GVO national anzuordnen.



Wenn eine rechtssichere Möglichkeit zur Aussetzung des GVO-Anbaus geschaffen wird und wenn die Mehrheitsverhältnisse im Deutschen Bundestag nach der Wahl dies zulassen, wird die SPD eine Aussetzung des Anbaus anordnen für alle GVO!

- bei denen negative Effekte auf Gesundheit und Umwelt nicht zweifelsfrei ausgeschlossen werden können,
- bei denen ein Verbreitungsrisiko nicht zuverlässig ausgeschlossen werden kann und bei denen eine Prüfung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgekosten (z.B. für Sicherheitsmaßnahmen, Analysen aber auch für negative ökologische Langzeiteffekte) keinen Vorteil feststellt.



keine Antwort

## 4. Europäische Agrarpolitik

### 4.1 Patente auf Lebewesen

#### • Patente auf Tiere

In der ersten Hälfte dieses Jahres gab es zahlreiche Proteste gegen die Patentierung von Tiergenen. Das aktuelle Beispiel des „Schweinepatentes“ zeigt den Handlungsbedarf.

Sowohl das technische Verfahren zur Identifizierung des für die Gewichtszunahme bei Schweinen verantwortlichen Gens soll patentiert werden, als auch Elemente der seit Generationen von Bauern praktizierten Züchtung.

**Frage: Ist für Sie eine Patentierung von Tieren grundsätzlich abzulehnen? Werden Sie sich nach der Bundestagswahl für die freie Verfügbarkeit der genetischen Ressourcen von Tieren einsetzen?**

#### • Patente auf Pflanzen

Da die Patentierung von Nutzpflanzen schon fortgeschritten ist, findet man hier erste Beispiele wie sich dieses „Geschäft“ für wenige große Saatgutfirmen lohnt und viele Landwirte weltweit in die Abhängigkeit von diesen bringt.

**Frage: Ist für Sie eine Patentierung von Pflanzen grundsätzlich abzulehnen? Werden Sie sich nach der Bundestagswahl für die freie Verfügbarkeit der genetischen Ressourcen von Nutzpflanzen einsetzen?**



Richtschnur für die Beurteilung der Biopatentrichtlinie ist die Fragestellung, wie weit sie in der praktischen Umsetzung den Schutz von Erfindungen in der Biotechnologie gewährleistet und gleichzeitig den Zugang zu den genetischen Ressourcen offen hält. Dafür ist Vo-

raussetzung, dass Patente konsequent ausschließlich auf biotechnologische Erfindungen erteilt werden und nicht auf biologische Entdeckungen. Die Patentierung von biologischen Züchtungsverfahren und ihren Produkten lehnt die FDP ab. Dies wäre eine Doppelung zum Sortenschutz, die Rechtsunsicherheit hervorriefe. Patente schützen geistiges Eigentum, machen Erfindungen der Öffentlichkeit zugänglich und ermöglichen dem Patentinhaber die Refinanzierung seiner Investitionen. Der Schutz von Erfindungen ist auch in der Biotechnologie ein entscheidender Motor für wissenschaftlichen Fortschritt. Die Herausforderungen des Klimawandels, die Sicherung der Welternährung, die energetische Nutzung von Biomasse stellen hohe Anforderungen an den züchterischen Fortschritt, denen nur durch Einbeziehung biotechnologischer Züchtungsverfahren begegnet werden kann.

Es gibt kein Patent auf Leben. Dies ist weder möglich, noch wird es angestrebt. Die FDP wendet sich gegen die Patentierung von Tieren, die für die landwirtschaftliche Tierhaltung von Bedeutung sind. In der Anhörung wurde deutlich, dass die bestehende EU-Biopatentrichtlinie **einige Rechtsunsicherheiten beseitigt hat, aber noch immer rechtlicher Klärungsbedarf besteht. Es ist im Einzelnen nicht geklärt, wann die Ergänzung eines biologischen Züchtungsverfahrens durch technische Schritte wie die durch genetische Marker unterstützte Selektion die Patentierbarkeit erlauben. Das Landwirte- sowie das Züchterprivileg wurden entsprechend den Bestimmungen im Sortenschutzrecht geregelt. Es wird erwartet, dass das Einspruchsverfahren zum sog. Brokkoli-Patent zu mehr Rechtssicherheit führt. Die Anhörungsfrist endete im letzten Herbst. Die bestehenden Rechtsunsicherheiten müssen beseitigt werden, andernfalls werden Änderungen der EU-Biopatentrichtlinie erforderlich.**

**DIE LINKE.** Die Patentierung von Lebewesen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Nicht nur ethische Gründe sprechen dagegen, dass ein Konzern eine Art oder ein Gen erfunden haben will und die Vermarktungsrechte dafür erhält. Genetische Informationen werden entdeckt, nicht erfunden. Auch die Unabhängigkeit der weltweiten Landwirtschaft ist durch die Konzerninteressen von Monsanto & Co. und den Aufbau von Monopolen massiv bedroht. Mit der Agro-Gentechnik erhält die privatrechtliche Verwertung von Patenten auf Lebewesen im ausschließlichen kurzfristigen Gewinninteresse von Konzernen eine neue Dimension. DIE LINKE spricht sich daher gegen jegliche Patentierung von Leben aus. Die EU-Biopatentrichtlinie, welche ursprünglich einige dieser Schutzgüter sichern sollte, muss dementsprechend geändert und damit alle Schlupflöcher („im wesentlichen biologisch“, etc.) gestopft werden. Bis das soweit ist, muss aber auch bereits nationalstaatlich vorangegangen werden, auch von Deutschland. Ein vorbildliches deutsches Patentrecht könnte anderen EU-Mitgliedstaaten als Beispiel dienen und letztendlich zur Änderung der Biopatentrichtlinie im oben beschriebenen Sinne führen. Patente auf Pflanzen Da die Patentierung von Nutzpflanzen schon fortgeschritten ist, findet man hier erste Beispiele wie sich dieses „Geschäft“ für wenige große Saatgutfirmen lohnt und viele Landwirte weltweit in die **Abhängigkeit von diesen bringt.**



Die CDU hat im gemeinsamen Regierungsprogramm mit der CSU eine klare Aussage getroffen: Wir wenden uns gegen Patente auf Tiere und Pflanzen. Die gegenwärtige europäische Gesetzgebung zum Patentrecht muss überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Die Zucht von landwirtschaftlichen Nutztieren durch Kreuzung und Selektion muss patentfrei bleiben.



Bündnis90/Die Grünen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass sowohl im nationalen als auch im EU-Recht klargestellt wird, dass Patente auf Pflanzen, Tiere, biologische Züchtungsverfahren und deren natürlichen Nachkommen nicht erteilt werden dürfen. Wir waren im Übrigen die einzige Fraktion im Bundestag, die in den vergangenen Wahlperioden konkrete Initiativen gegen Patente auf Pflanzen, Tiere und biologische Züchtungsverfahren in den Bundestag eingebracht hat. Bei einer Anhörung im Rechtsausschuss – bei der unser Antrag Gegenstand war - äußerten sich sechs von sieben Sachverständigen kritisch zu der derzeitigen Patenterteilungspraxis durch das Europäische Patentamt (EPA). Trotzdem wurde unser Antrag bei der Abstimmung im Bundestag mit den Stimmen der CDU/CSU/SPD und FDP-Fraktionen abgelehnt. Die Linke enthielt sich. Dabei wäre eine Initiative zur Änderung der EU-Biopatentrichtlinie von Deutschland aus überfällig

und hätte eine große Signalwirkung auch für andere EU-Länder.



Die SPD setzt sich für ein klares Verbot von Patenten auf Tiere und Pflanzen und auf konventionelle Züchtungsverfahren ein. Die europäischen Richtlinien zur Biopatentierung müssen überarbeitet und das nationale Recht entsprechend angepasst werden. Immer häufiger stehen auch grundlegende Zuchtverfahren wie Kreuzung und Selektion im Mittelpunkt der Patentansprüche. Sie werden ergänzt durch einen technischen Verfahrensschritt und sind damit patentierbar. Die SPD will verhindern, dass eine "Inflation der Patentanmeldungen" und kontinuierlich sinkende Anforderungen an die Erfindungsleistung dazu führen, dass sich durch weitreichende und massenhafte Patente die Nutzungsrechte in den Händen weniger Konzerne konzentrieren: Zu Lasten der Landwirte, der Züchter, der biologischen Vielfalt und der globalen Nahrungsmittelsicherheit.



keine Antwort

## 4.2 Milchpolitik

Der ruinöse Preiskampf im Milchsektor geht weiter. Die Discounter haben Anfang Mai eine neue Preissenkung für Milch- und Milchprodukte durchgesetzt. Wieder ein Schlag gegen die Wertschätzung von Lebensmitteln, Bauern und Umwelt. Ein niedriger Preis für die Verbraucher bedeutet gleichzeitig, dass die gesellschaftliche Verantwortung, Tier- und Umweltschutz auf der Strecke bleiben. Auch fördert diese Preispolitik Strukturen der Massentierhaltung und treibt kleinere Betriebe in die Enge, welche dem Verbraucher von den Molkereien und dem Handel so gerne als Aushängeschild in der Werbung präsentiert werden.

**Frage 1: Welche Formen der Unterstützung sehen Sie nach der Wahl für die heimische Milchwirtschaft vor?**



Für die FDP sind Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft die tragenden Säulen eines intakten und lebendigen ländlichen Raumes. Deshalb müssen die agrarpolitischen Rahmenbedingungen zur Sicherung der über vier Millionen Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen Deutschlands verbessert werden. Die Landwirtschaft ist eine innovative Zukunftsbranche. Deutschland ist ein agrarischer Gunstandort. Die steigende Weltbevölkerung, die steigende Nachfrage nach Lebensmitteln und Energie erfordern eine wettbewerbsfähige, effiziente und unternehmerische Landwirtschaft. Leider aber hat die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren ihre agrar- und verbraucherpolitischen Hausaufgaben nicht gemacht. Das rächt sich in der aktuellen Wirtschaftskrise umso mehr für die heimischen Landwirte. Die zunehmende Verwendung von pflanzlichen Ersatzstoffen und deren ungenügend klare Kennzeichnung zur Käseproduktion anstelle von Milch ist nur ein Beispiel für die Untätigkeit der Bundesregierung. Trotz aller Milchgipfel und Runder Tische hat die Bundesregierung keine vorzeigbaren agrar- und verbraucherpolitischen Erfolge erzielt. Außer einem „faulen Kompromiss“ beim Agrardiesel wurden die Landwirte auf der Kostenseite nicht entlastet. Tierschutz-TÜV, Nachhaltigkeits-Verordnung, Bodenerosionsschutzkataster und schlagspezifische Aufzeichnungspflichten für Pflanzenschutzmittel sind Bürokratie-Monster, die über eine 1:1-Umsetzung von EU-Recht hinausgehen und damit zusätzliche Wettbewerbsverzerrungen darstellen. Von Planungssicherheit und Verlässlichkeit kann auch in der Milchpolitik der Bundesregierung keine Rede sein, denn die Bundesregierung lässt völlig offen, ob und wie es nach dem Jahre 2015 mit der Milchquote weitergehen soll. Die Bundesregierung ist nicht für die weltweite Wirtschaftskrise verantwortlich. Eine gute Agrarpolitik hätte aber die negativen Auswirkungen in Deutschland deutlich abmildern können. Das ist nicht geschehen. Dafür trägt die Bundesregierung die Verantwortung. Demgegenüber steht die FDP für eine unternehmerische Landwirtschaft in Deutschland. Dazu wollen wir die Rahmenbedingungen für landwirtschaftliche Betriebe verbessern, damit diese den wesentlichen Teil ihres Einkommens erwirtschaften können.

nen. Landwirtschaftliche Betriebe sind kapitalintensiv. Sie brauchen daher Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Die Agrarpolitik der Bundesregierung hingegen hat zu einer großen Unsicherheit und Weiteren Belastungen der Landwirtschaft geführt. So wurden insbesondere die Betriebe durch die Beschlüsse der sog. Gesundheitsüberprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik im Jahr 2008 belastet. Deutschland gehen durch diese Politik von CDU, CSU und SPD jährlich über 400 Millionen Euro verloren. Das kritisiert die FDP auf Schärfste. Für die FDP müssen die Zahlungen der EU an die Landwirte in Deutschland bis 2013 stabil sein. Bedauerlich ist, dass die Bundesregierung Ende 2005 bereits Kürzungen in dreistelliger Millionenhöhe in der Zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik zugestimmt hat, die ebenfalls unsere ländlichen Räume nachteilig treffen. Die FDP-Bundestagsfraktion hat in der laufenden Legislaturperiode drei verschiedene Anträge zur Absenkung der Agrardieselsteuerbelastung in den Deutschen Bundestag eingebracht. Diese Initiativen wurden von den Fraktionen der CDU/CSU, SPD, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke leider abgelehnt. Deshalb ist der halbherzige Versuch der Bundesregierung kurz vor den Bundestagswahlen, die Agrardieselbelastung zurückzuführen, wenig glaubwürdig. Das wird besonders deutlich, weil die Entlastung nur auf zwei Jahre befristet ist. So hat die Bundesregierung auf eine Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion geantwortet, dass bereits in 2010 die Agrardieselsteuern auf das alte Niveau erhöht werden sollen. Aber auch mit der angekündigten Entlastung auf 25,56 Cent je Liter liegen die Steuersätze in Deutschland immer noch 40-mal höher als in Frankreich und 80-mal höher als in Dänemark. Deshalb wird die FDP sich weiterhin massiv für eine dauerhafte Entlastung der Landwirte bei den Agrardieselsteuern einsetzen.

**DIE LINKE.** Die LINKE setzt sich für eine flächendeckende heimische Milchproduktion ein. Die Position der Milchbetriebe im Markt muss verbessert werden. Ziel ist, dass am Markt kostendeckende Erzeugerpreise erzielt werden, denn auch hier muss man von der Arbeit leben können. Die politischen Begleitmaßnahmen können die Einkommenseffekte der Preisbildung prinzipiell nicht kompensieren. Daher ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen im Kartellrecht angepasst werden, um ein wirksames Gegengewicht zum Oligopol des Nahrungsmittel-einzelhandels bilden zu können oder dieses Oligopol wieder zurückzudrängen. Auch in anderen Bereichen wie Energie oder Telekommunikation sind Marktregulierungen üblich. Begleitend dazu ist ein Beibehalten eines gewissen EU- Außen-schutzes bei sensiblen Produkten notwendig und die Agenda der WTO-Verhandlungen mit der Einbeziehung des Freihandels im Nahrungsmittelbereich zu überprüfen.

## CDU

Die Milchwirtschaft prägt die Heimat in weiten Regionen Deutschlands. Die CDU wird die Milchbauern nicht ungeschützt und unvorbereitet dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen, sondern die Milchviehbetriebe gezielt unterstützen, auch durch die Mittel des durch Deutschland in Brüssel erwirkten Milchfonds. Für uns stehen dabei die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit durch Investitionsförderung und die Sicherung der Milcherzeugung in naturräumlich benachteiligten Regionen, in Grünland-, Berg- und Mittelgebirgsregionen mit der Ausgleichzulage und tierhaltungsbezogenen Grünland- und Weideprämien im Vordergrund. Die Verbesserung der Strukturen und der Marktstellung der Molkereien ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben der deutschen Milchbranche. Wir werden Sorge dafür tragen, dass die notwendige Entwicklung im Einklang mit dem Kartell- und Wettbewerbsrecht möglich ist. Zudem werden wir den Ausbau von Kooperationen der Milcherzeuger weiter fördern, um die Stellung der Produzenten gegenüber den privaten Molkereien zu stärken.



National setzen wir uns als Sofortmaßnahmen für eine Aussetzung der Saldierung ein. Auf europäischer Ebene kämpfen wir für eine Absenkung der Quote. Denn wir sind fest davon überzeugt, dass nur eine Reduzierung der Milchmenge eine schnelle Stabilisierung der Milchpreise herbeiführen wird. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die im Rahmen des Milchfonds zur Verfügung gestellten Finanzmittel nicht für eine weitere Intensivierung der Milchviehhaltung verwendet werden. Über Weideprämien und Ausgleichzulage sollen die Betriebe von den Geldern profitieren, die ihre Tiere artgerecht halten und zur Bewahrung der Kulturlandschaft beitragen. Bündnis90/Die Grünen wollen ein „Bundesprogramm faire Milch“ einführen, mit dem wir die bäuerlichen Milchviehhalter bei der Entwicklung und Einführung von Qualitätsmarken für Milchprodukte unterstützen können. Diese in Bauernhand

angesiedelten Marken sollen für artgerechte Tierhaltung, Gentechnikfreiheit und faire Preise stehen.



**SPD**

Die Milcherzeuger sind in einer schwierigen Lage, die Auszahlungspreise der Molkeereien decken zurzeit die Produktionskosten nicht. Die jetzige Lage auf den Agrarmärkten darf aber nicht der Auslöser sein, das Rad zurückzudrehen. Es geht nicht darum, die Marktorientierung aufzugeben. Es geht jetzt nicht darum, neue Sonderregeln zu schaffen, Subventionen zu erhöhen oder Standards zurückzufahren. Ein Subventionswettlauf und ein Wettbewerb um die niedrigsten Standards ist nicht die zukunftsgerichtete Agrarpolitik, die wir brauchen. Die Märkte werden in Zukunft volatil bleiben, mit dem Klimawandel kommen neue Herausforderungen auf diesen Sektor zu. Die SPD unterstützt die Anpassung der Betriebe an diese Herausforderungen. Notwendig ist ein umfassendes Risikomanagement, um auf Preisschwankungen und witterungsbedingte Ernteaufschläge reagieren zu können. Wir werden diese Thema vorantreiben und dabei die Risikominimierung über eine standortangepasste Landbewirtschaftung und Vorsorgemaßnahmen in der Tierhaltung genauso mit einbeziehen, wie den Risikoausgleich zum Beispiel durch Anbau verschiedener Kulturen oder Diversifizierung von Betrieben. Auch die private Risikoabsicherung durch Rücklagen, privatwirtschaftliche Versicherungen oder vertragliche Regelungen (Terminkontrakte oder andere Absicherung von Erlösen) werden wieder stärker in den Blickpunkt **landwirtschaftlicher Betriebe rücken**.



keine Antwort

## Frage 2: Wie stehen Sie zu einer Fortsetzung der Milchmengenregelung?



**FDP**

Die FDP unterstützt die Entscheidung, die Milchquote zum 31.03.2015 auslaufen zu lassen.

**DIE LINKE.**

In den Konzepten für die Milchpolitik müssen Regelungen Einzug finden, die eine nachfrageorientierte Anpassung der Milchmenge ermöglichen. Die Politik hat dazu in den letzten Jahrzehnten als Mengenregulierer versagt, deshalb geht die Mengenanpassung nicht ohne eine Einbeziehung der Erzeugerseite. Es muss in Zukunft mehr über kooperative Modelle in der Nahrungsmittelkette nachgedacht werden als über die Verdrängungskonkurrenz, die heute das Marktgeschehen bestimmt.



**CDU**

Die vereinbarte Milchmengensteuerung bis 2015 muss vor dem Hintergrund der realen Entwicklung der Weltwirtschaft zukunftsfähig gestaltet werden.



Wir Grünen fordern die Einführung eines flexiblen Instruments zur Regulierung der Milchmenge, mit dem Milchviehbetriebe und Molkereien gemeinsam faire Preise für alle gestalten können. Denn nur mit funktionierenden Marktregeln, d.h. Anpassungsmöglichkeiten an die Nachfrage, können wir in Europa eine nachhaltige, qualitativ hochwertige und umweltgerechte Milcherzeugung bei fairen Verbraucherpreisen, die ohne Übermengen-Erzeugung und weltweite Marktverzerrung auskommt, erhalten. Bloß eine solche Milcherzeugung kann das Auskommen der bäuerlichen Betriebe und Arbeitsplätze sichern, die Mittelgebirgs- und Gebirgslandschaften erhalten und einen wichtigen Beitrag für die Entwicklung der ländlichen Regionen leisten.



**SPD**

Die Milchquote wird 2015 auslaufen, die SPD lehnt die Forderung nach einer Milchmengenregulierung ab.



keine Antwort trotz mehrmaliger Anfrage

## 4.3 Verteilung der Mittel aus dem EU-Agrarfonds

Die öffentliche Hand in Europa, im Bund und in den Ländern gibt viele Milliarden Euros für die Landwirtschaft aus. In Zukunft werden die Verbraucher diese Ausgaben immer mehr auf ihre sinnvolle Verwendung hinterfragen.

**Frage: Was sind ihrer Meinung nach die Ziele, die damit erreicht werden müssen? Und welche Instrumente sind dafür geeignet, diese Ziele zu erreichen?**

**FDP**

Die Liberalen

Die Mittel der Ersten und Zweiten Säule dienen dazu, eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft in Europa zu sichern und einen Ausgleich für höhere Standards im Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz zu schaffen, die europäische Landwirte gegenüber ihren Konkurrenten in Drittländern haben. Das ist im Interesse der gesamten Gesellschaft und wird von der FDP unterstützt. Richtig ist zudem, dass die Steuerzahler wissen, welche Landwirte und Unternehmen EU-Agrarsubventionen in welcher Höhe erhalten. Die Blockade der CSU war deshalb falsch und hat dem Ansehen der Landwirte geschadet. Die FDP steht zu den EU-Agrarzahlungen in der Ersten und Zweiten Säule an die Landwirtschaft. Sie sind ein Ausgleich für höhere Standards in Deutschland und ein Honorar für die Erhaltung und Pflege unserer wunderschönen Kulturlandschaft. Die Bundesregierung hat in dieser Legislaturperiode in Brüssel zugestimmt, die Finanzhilfen an die Landwirte in der Ersten und Zweiten Säule jeweils in dreistelliger Millionenhöhe zu kürzen. Das widerspricht allen von ihr gegebenen Versprechen. Damit haben CDU, CSU und SPD den Landwirten und dem ländlichen Raum massiv geschadet. Bereits heute sind die EU-Agrarsubventionen an die Einhaltung vielfältiger Kriterien in den Bereichen Verbraucher-, Tier- und Umweltschutz über die sog. Cross Compliance-Regelungen gebunden. Damit wird in der Europäischen Union sichergestellt, dass die deutsche und europäische Landwirtschaft die höchsten Standards weltweit einhält. Für eine weitere Verschärfung besteht zurzeit keine Notwendigkeit.

**DIE LINKE.**

Die LINKE setzt sich für eine Verwendung der Agrarfördermittel ein, die zunehmend sozialen und ökologischen Kriterien zu unterwerfen ist. In der EU-Agrarförderung ist die LINKE für ein Beibehalten eines 2-Säulen Modells. Die 1. Säule betrieblicher Direktzahlungen muss weitaus stärker auf soziale und ökologische Leistungen orientiert werden. Damit wird eine stärkere Differenzierung der 1. Säule-Förderung nach Arbeitsintensität, Standort und ökologischen Leistungen nötig. Das alleinige Kriterium der Flächengröße in Verbindung mit CC-Auflagen wird damit nicht mehr ausreichen, allerdings darf im Gegenzug betriebliche Größe per se auch kein Ausschlusskriterium der Agrarförderung sein. In der 2. Säule der Entwicklung ländlicher Räume müssen die verfügbaren Mittel aufgestockt, der Zugang einem breiteren Kreis in den ländlichen Regionen ermöglicht und die strukturelle Benachteiligung von Frauen beendet werden. Die heute schon vorhandenen Möglichkeiten regionaler Differenzierung von angebotenen Programmen für die Förderung der ländlichen Räume sind und bleiben notwendig. Die Investitionsförderung mit dem alleinigen Ziel der Schaffung von „Wettbewerbsfähigkeit“ hat heute allerdings einen zu großen Anteil in der Verteilung der Mittel und muss zu Gunsten ökologischer und sozial wirksamer Förderung angepasst werden.

**CDU**

Die Versorgung der Menschheit mit Nahrungsmitteln und Energie sowie der Klimaschutz gehören zu den zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Diese Herausforderungen machen bewusst, wie wertvoll unsere heimische Landwirtschaft ist. Das vertraute vielfältige Angebot qualitativ hochwertiger Lebensmittel wäre nicht denkbar ohne die starke Landwirtschaft in Deutschland. Ziel unserer Agrarpolitik sind gute Rahmenbedingungen für ökologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte gleichermaßen, Versorgungssicherheit und faire Preise, der Erhalt unserer Kulturlandschaft sowie die Produktion umweltfreundlicher nachwachsender Rohstoffe und Energie. Unsere Landwirte sollen vernünftige Einkommen erwirtschaften können und für ihre Leistungen für das Gemeinwohl die verdiente

Anerkennung bekommen. Dabei wollen wir den Reichtum der unterschiedlichen Formen der Landwirtschaft in Deutschland erhalten, denn sie prägen die kulturelle und landschaftliche Vielfalt Deutschlands. Dazu gehört ein wirksamer Verbraucher-, Natur- und Tierschutz, der das Vertrauen der Verbraucher in unsere Lebensmittelproduktion sichert. Gerade bei der Weiterentwicklung der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik setzt die CDU auf das europäische Agrarmodell einer nachhaltigen, multifunktionalen und vielfältigen Landwirtschaft und die flächendeckende Erhaltung der Kulturlandschaften. **Wir treten ein für Marktorientierung, Ausgleich der höheren europäischen Produktionsstandards, Honorierung der Leistungen der Landwirtschaft für Gesellschaft und Natur sowie Schaffung eines verlässlichen Sicherheitsnetzes gegen krisenhafte Preisabstürze. Die produktionsunabhängigen Direktzahlungen sind dabei ein unverzichtbares Instrument und müssen in angemessener Höhe erhalten bleiben. Wir brauchen dafür eine starke erste Säule und eine finanziell gut ausgestattete zweite Säule der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Eine Vereinfachung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik und regional angepasste Lösungen werden ihre Akzeptanz in Landwirtschaft und Gesellschaft steigern.**



Ziel der Agrarpolitik muss eine nachhaltige, flächendeckende Landbewirtschaftung sein, die unsere natürlichen Ressourcen schützt und ihren Beitrag leistet zur Sicherung der Welternährung, zum Klimaschutz, zum Erhalt der Artenvielfalt und zur Bewältigung der Wirtschaftskrise. Der ökologische Landbau ist eine Form der Landwirtschaft, die diese Ziele besonders gut erfüllt. Die Agrarpolitik wird dieser Aufgabe aber nur dann gerecht, wenn sie echte ökologische und soziale Lenkungswirkungen entfaltet. Dazu müssen alle verfügbaren politischen Instrumente herangezogen werden, das Ordnungsrecht ebenso wie wirksame Marktregeln. Bündnis 90/Die Grünen treten dafür ein, dass in Zukunft öffentliche Gelder nur noch für die Erbringung gesellschaftlicher Leistungen gezahlt werden. Betriebe, die sich im Bereich Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz engagieren und Arbeitsplätze schaffen, - wie es Öko-Betriebe tun - sollen angemessen dafür honoriert werden.



Die Entwicklung der Preise von Agrarprodukten auch innerhalb der EU und innerhalb Deutschlands hat sich schon längst an die Entwicklungen am Weltmarkt angekoppelt. Auch die Gemeinsame Agrarpolitik hat sich beständig gewandelt. Ziel ist nicht mehr die Einkommenssicherung für den einzelnen Landwirt und die Steuerung von Preisen und Produktionsmengen. Die Europäische Agrarpolitik zielt auf einen Erhalt des europäischen Agrarmodells, auf den Erhalt der flächendeckenden Landbewirtschaftung und auf den Ausgleich für gesellschaftlich gewünschte Leistungen für Qualität, Umweltschutz und Tierschutz. Unterstützt werden soll gleichzeitig die Anpassung an neue Herausforderungen wie den Klimawandel. Diese Zielsetzung unterstützen wir. Nicht zu letzt bei der Reform der EU-Finzen steht die europäische Agrarpolitik unter erheblichen Druck. Sie ist weiterhin notwendig, sie braucht aber auch ein klares, begründbares Ziel. Es war deswegen ein wichtiger Schritt, die Direktzahlungen an die Einhaltung von konkreten Umweltstandards zu koppeln. Diesen Weg müssen wir weiter gehen. Wir müssen die Weichen noch stärker in Richtung marktorientierte Landwirtschaft und an gesellschaftlichen Zielen orientierter Förderung stellen. Um diese Ziel zu erreichen und um die dadurch entstehenden zusätzlichen Kosten auszugleichen, wird auch in Zukunft eine ausreichende Förderung der Landwirtschaft **notwendig sein. Wir sehen die Landwirtschaft als wettbewerbsfähigen Wirtschaftszweig, der mit seinen Produkten am Markt bestehen kann, und wir werden ihn dabei unterstützen, diesen Weg konsequent weiter zu gehen. Landwirtschaft „produziert“ nicht nur Lebensmittel und Rohstoffe, sondern jede Menge „öffentlicher Güter“, die die es keinen Markt gibt und auch nicht geben wird. Diese Güter zu definieren und die „Entlohnung“ der Landwirte für diese Leistungen dauerhaft zu sichern – dies ist die Herausforderung der nächsten Monate und Jahre. Innerhalb dieser Diskussion dürfen keine falschen Gegensätze aufgebaut werden! Die Landwirtschaft arbeitet in und mit der Natur, ohne ihre Arbeit würden manchen Kulturlandschaften nicht bestehen, hohe Leistungen in der Tierproduktion sind meist nur mit einem hohen Tierschutzstandard erreichbar. Und: Verbraucherinnen und Verbraucher sind die Kunden der Landwirtschaft; wer diese auf Dauer bedienen will und gute Preise erreichen will, muss den sich auf die Anforderungen der Kunden einstellen. Hohe Qualität, hohe Standards im Umwelt- und Tierschutz sind deshalb zunächst**

keine bürokratischen Lasten, sondern sie sind notwendig um den Absatz und die Zustimmung der Kunden und der Gesellschaft auf Dauer zu sichern.



keine Antwort

## 5. Globale Ernährungssicherung

### 5.1 Welternährung und Landwirtschaft der Zukunft

Nach Angaben der FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) ist die Zahl der Hungernden seit 2006 um 113 Millionen gestiegen. Damit können sich aktuell etwa 963 Millionen Menschen nicht ausreichend mit Nahrung versorgen. Das sind mehr als 14% der Weltbevölkerung, darunter jeder dritte Afrikaner.

Im April 2008 wurde von 60 Regierungen der Weltagrарbericht (IAASTD) verabschiedet. 400 unabhängige Experten betonen darin die Bedeutung bäuerlicher Landwirtschaft und indigenen Wissens für die Welternährung. Sie fordern eine „agro-ökologische“ Revolution und sehen den ökologischen Landbau als die nachhaltigste Form von Landwirtschaft an.

Deutschland hat diesen Weltagrарbericht nicht unterschrieben.

**Frage 1: Halten Sie diese Entscheidung - den Weltagrарbericht nicht zu unterschreiben - für richtig? Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass dies nachhaltig noch geschieht?**



Die Liberalen

Die Entscheidung der Bundesregierung den Weltagrарbericht nicht zu unterschreiben, ist richtig. Die Agrar- und Ernährungspolitik muss nach wissenschaftlichen Kriterien bewertet werden, um den hungernden Menschen in Entwicklungsländern tatsächlich helfen zu können.



**DIE LINKE.** Die LINKE hält den Weltagrарbericht für eine wichtige Grundlage zur Gestaltung der Weltagrарpolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass auch Deutschland den Bericht unterschreibt und die Fortentwicklung unterstützt.



Der Weltagrарbericht ist 2002 von UNESCO und Weltbank in Auftrag gegeben worden. Deutschland hat sich an der Ausarbeitung des Berichtes nicht beteiligt. Insofern war es unseres Erachtens richtig, ihn auch nicht zu unterzeichnen. Eine CDU-geführte Bundesregierung wird aber bei zukünftigen Projekten dieser Art eine Beteiligung sehr genau prüfen, denn die Ernährungssicherung der exponentiell wachsenden Weltbevölkerung bedarf größter Anstrengungen. In einer Welt, die politisch und wirtschaftlich zusammenwächst, stehen wir dafür mit in der globalen Verantwortung. Wir werden dabei auf die ausgewogene und anerkannte Besetzung der wissenschaftlichen Gremien achten.



Bündnis 90/Die Grünen unterstützen die Erkenntnisse des Weltagrарberichts und halten es daher für falsch, dass die Bundesregierung den Bericht nicht unterschrieben hat. Wir werden uns auch nach der Wahl dafür einsetzen, dass dies noch geschieht. Wir sind der Meinung, dass der IAASTD für die Landwirtschaft das werden muss, was der Weltklimarat IPCC für den Klimaschutz ist. Darum werden wir Grüne uns dafür einsetzen, dass Deutschland die Fortführung des IAASTD-Prozesses finanziell unterstützt.

**SPD**

Nach Ansicht der SPD war die Entscheidung, den Weltagrarbericht nicht zu unterschreiben, falsch. Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) hat sich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung die so genannte „Erklärung der Regierungen“ zu diesem Bericht unterzeichnet – auch um die Arbeit und das Engagement der vielen hundert Menschen, die sich hier eingebracht haben zu würdigen. Leider konnte der Widerstand gegen eine solche Unterzeichnung seitens der Leitung des CSU-geführten Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) nicht aufgelöst werden. Umso mehr freuen wir uns feststellen zu können, dass die Grundaussagen des Weltagrarberichtes bereits Bestandteil einer breiten öffentlichen und zunehmend politischen Debatte sind. Wir unterstützen die Empfehlungen des Weltagrarberichtes.



keine Antwort

## Frage 2: Wo sehen Sie Ansatzpunkte in der Entwicklungshilfepolitik oder in der internationalen Agrarpolitik, nachhaltige Landwirtschaftsmodelle nach dem Prinzip des Ökologischen Landbaus zu fördern?

**FDP**

Die Liberalen

Für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft bedarf es intensiverer Agrarforschung. Bis 2050 wird ein Wachstum der Weltbevölkerung auf neun Milliarden Menschen erwartet. Nur eine innovative und effiziente Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft kann diese sicher und qualitativ hochwertig ernähren. Produktivität und Effizienz dienen der Ernährungssicherung und gleichzeitig dem Umwelt-, Klima- und Verbraucherschutz. Eine zweite Grüne Revolution auf dem Acker ist notwendig, um die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und gleichzeitig nachwachsende Rohstoffe für die rohstoffliche und energetische Nutzung zu produzieren. Zur Steigerung der Produktivität wollen Liberale den technischen Fortschritt nutzen. Hierzu zählen moderne Landtechnik, wassersparende Bewässerungssysteme und Betriebsmittel wie Düngemittel. Damit sich technischer Fortschritt möglichst schnell entwickelt und in der Praxis genutzt werden kann, ist die weltweite Stärkung der Agrarforschung eine wichtige Voraussetzung. Der Klimawandel führt zur Ausbreitung bisher unbekannter Schadorganismen (Blauzungenkrankeheit, Maiswurzelbohrer). Die Agrarforschung muss darauf vorbereitet sein und rechtzeitig Bekämpfungsstrategien entwickeln. Die FDP tritt für eine effiziente und nachhaltige „High-Tech-Landwirtschaft“ ein. Sie sichert Wertschöpfung im ländlichen Raum und im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft mehr als vier Millionen Arbeitsplätze. Sie ist Impulsgeber für technologische Entwicklungen im Maschinenbau und sichert dadurch Exportmärkte und Arbeitsplätze. Deutschland ist ein landwirtschaftlicher Gunststandort: Böden, Klima und Infrastruktur sind gut und die hervorragend ausgebildeten Landwirte in Deutschland sind Weltspitze. Deshalb kann die deutsche Landwirtschaft einen wichtigen Beitrag zur Welt ernährung leisten. Die FDP lehnt die Wiedereinführung und Verlängerung der EU-Exportsubventionen und Beihilfen für die Lagerhaltung von Milcherzeugnissen ab. Diese Instrumente sind nicht geeignet, um die Probleme der heimischen Milchbauern zu lösen. Sie führen aber in den Entwicklungsländern direkt oder indirekt zu massiven Verzerrungen in deren Agrarmärkten. Darunter haben insbesondere die Ärmsten der Armen zu leiden. Diese Politik der Bundesregierung und der EU zu Lasten der Entwicklungsländer ist verfehlt und dringend zu korrigieren. Es ist inakzeptabel, dass die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen der Internationalen Grünen Woche in Berlin den Abbau der schädlichen Exportsubventionen verkündet und nur wenige Wochen später die Wiedereinführung der Exportsubventionen für Milchprodukte in der EU durchsetzt. Die jetzt mit Unterstützung der Bundesregierung beschlossene Verlängerung der EU Exportsubventionen ist ein weiterer Tiefpunkt der deutschen Agrar- und Entwicklungspolitik. Die FDP hat demgegenüber mit ihrem Modell der Kulturlandschaftsprämie und deren Umsetzung in den europäischen Mitgliedstaaten einen agrarpolitischen Meilenstein gesetzt. Mit dieser marktwirtschaftlichen Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik werden einerseits die agrarpolitischen Rahmenbedingungen für die heimischen Landwirte verbessert. Andererseits werden gleichzeitig die Voraussetzungen besserer Zugangsmöglichkeiten für agrarische Produkte insbesondere

aus Entwicklungsländern durch den Abbau von tarifären und nichttarifären Handelshemmnissen in der EU geschaffen. Der erleichterte Zugang für agrarische Produkte vieler Entwicklungsländer nach Europa und andere Teile der Welt ist eine wichtige Voraussetzung, um den Lebensstandard in der Dritten Welt zu verbessern. Ein wichtiger Beitrag zur Stärkung vieler Entwicklungsländer ist deshalb ein erfolgreicher Abschluss der VVTO-Runde.

**DIE LINKE.** Die sozioökonomischen Effekte des ökologischen Landbaus sind bis heute stark unterbewertet. Im Hinblick auf die Einkommensfunktion, die die Landwirtschaft in vielen besonders armen Regionen der Welt erfüllt, muss daher der Ökolandbau sehr viel stärker Einzug finden in die Förderprojekte, die mit staatlichen Geldern aus Deutschland oder der EU finanziert werden.



Die CDU wird der Förderung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums in der Entwicklungszusammenarbeit insgesamt wieder einen größeren Raum beimessen und sie auf den Aufbau und die Produktivität nachhaltiger Landwirtschaft ausrichten. Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit der Produktionsverfahren sind dabei unbedingte Voraussetzung für die Förderung.



Bündnis 90/Die Grünen wollen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit mehr Geld für eine nachhaltige Entwicklung auf dem Land einsetzen. Diese muss besonders Kleinbauern fördern und sich auch komplizierten Aufgaben wie der Unterstützung von Landformen stellen. Ein Schwerpunkt soll hier auf Projekten liegen, die ökologische Anbaumethoden fördern. Die Ökolandbau-Forschung wollen wir auch mit Blick auf die Sicherung der Welternährung weiter ausbauen, der Wissenstransfer in die betroffenen Regionen muss verbessert werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die laufende Welthandelsrunde – wie zu Beginn der Verhandlungen zugesagt – eine „Entwicklungsrunde“ wird. Dazu gehört, dass die Regeln zum Schutz der Landwirtschaft in Entwicklungsländern ausgebaut sowie soziale und ökologische Standards in der WTO gestärkt werden. Die Agrarexportsubventionen wollen wir unverzüglich stoppen. Denn sie drängen traditionelle Erzeuger von ihren Märkten und verhindern den Auf- und Ausbau eigener Strukturen.



Wir wollen uns für eine Verbesserung der ländlichen Lebensbedingungen einsetzen und damit eine nachhaltige ökologische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.



keine Antwort

**Frage 3: Wie schätzen Sie das Potenzial des Ökologischen Landbaus ein, wenn es um die Frage der Welternährung geht?**



Der ökologische Landbau kann einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung des Welt Hungers leisten. Die FDP setzt dabei auf Effizienz, Marktwirtschaft und Nachhaltigkeit.

**DIE LINKE.** Die Frage, ob der Ökologische Landbau die Welternährung bei einer steigenden Weltbevölkerung mit sich ändernden Konsumgewohnheiten decken kann, ist umstritten. Der Hunger in der Welt hat nicht seine Ursache in einer prinzipiellen Knappheit an Lebensmitteln, sondern ist schon lange eine Frage der Verteilung an Einkommen und Ressourcen. Aus heutiger Sicht kann der Ökolandbau durchaus die Welternährung abdecken, allerdings bleibt das eine theoretische politische Diskussion, da niemand den ökologischen Landbau als alleinige Form der Landbewirtschaftung erzwingen kann. Für DIE LINKE ist die Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft das Ziel.



Gerade für Kleinbauern in den Entwicklungsländern ist die ökologische Wirtschaftsweise oft sehr vorteilhaft. Der ökologische Landbau hat so seine feste Stellung in der Weltlandwirtschaft und leistet einen wichtigen Beitrag zur Ernährungssicherung.



Bündnis 90/Die Grünen sind überzeugt: der ökologische Landbau ist der richtige Ansatz, um die Sicherung der Welternährung zu erreichen. Denn um genügend Nahrungsmittel zu produzieren, muss vor allem das Potential der Kleinbauern weltweit besser genutzt werden. Die Methoden der grünen Revolution sind für diese häufig zu teuer und zu aufwendig und steigern zudem ihre Abhängigkeit von Agrarkonzernen. Ökologische Anbaumethoden sind hingegen optimal geeignet, um die Erträge kleinbäuerlicher Betriebe zu verbessern. So fördern sie den Humusaufbau im Boden und verbessern die Fruchtbarkeit und das Wasserhaltevermögen. Der Mischfruchtanbau steigert den Gesamtertrag, streut das Anbaurisiko auf mehrere Pflanzen, gestaltet die eigene Ernährung abwechslungsreicher und liefert zudem auch noch Früchte zum Verkauf. Gerade auf der südlichen Hemisphäre ist die Ertragssituation des Ökolandbaus im Vergleich zu konventionellen Strukturen deutlich vorteilhafter, wie eine Vielzahl von internationalen Studien belegt.



siehe Antworten unter Frage 1 und 2 von Punkt 5.1



keine Antwort

## 5.2 Agro-Sprit als eine Lösung für den Klimawandel

Die Erzeugung von Agro-Sprit geht einher mit einer Verknappung der für die Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung stehenden Ackerflächen, was bereits zu kritischen Verwerfungen auf den Getreidemärkten geführt hat. Um neue Flächen zu erschließen, werden die letzten Urwälder abgeholzt – ein irreversibler Verlust mit gravierenden Folgen für das Weltklima. Agro-Energie kann nur eine Option sein, wenn ihre Erzeugung mit politischer Weitsicht geregelt wird und nicht auf globaler Ebene die Probleme Hunger und Klimawandel noch verschärft.

**Frage: Was ist die Position Ihrer Partei zu diesem Thema?**



Die FDP befürwortet die Förderung Erneuerbarer Energien zusätzlich zum eigentlichen Klimaschutz-Instrument des Emissionshandels und unterstützt das EEG. Unser Ziel ist langfristig eine CO<sub>2</sub>-neutrale Energieproduktion. Die Nutzung Erneuerbarer Energien muss deshalb auf Bereiche jenseits des Stromsektors ausgeweitet und die Kosten müssen gesenkt werden. Beim Einsatz Erneuerbarer Energien zur grundlastorientierten Stromversorgung ist die Nutzung von Biomasse ein wichtiger Bereich. Die FDP wird für Investitionssicherheit sorgen und rückwirkende Eingriffe, wie sie Schwarz-Rot insbesondere bei den Biogas-Anlagen vorgenommen hat, ausschließen. Bei Biokraftstoffen wollen wir den Umstieg von der Beimischungsquote zur Steuervergünstigung. Für den Bereich Biogas setzt die FDP sich dafür ein, alle Beschränkungen für die Direkteinspeisung ins Gasnetz aufzuheben. Weitere grundlastorientierte Nutzungsmöglichkeiten Erneuerbarer Energien, für die sich die FDP einsetzt, sind die ökonomisch und ökologisch sinnvolle Nutzung von Gülle, organischen Reststoffen aus der Land- und Ernährungswirtschaft sowie von Restholz und Holz aus Agroforstsystemen. **Die energetische Nutzung von Biokraftstoffen ist wegen konkurrierender Nutzungsmöglichkeiten der Biomasse (und/oder der Fläche zu deren Gewinnung) eng mit der Lebensmittelproduktion verknüpft. Die Förderung der energetischen Nutzung von Biomasse sowohl im Strom-/Wärmebereich wie auch bei den Biokraftstoffen darf die Wettbewerbsfähigkeit der Nahrungs- und Futtermittelproduktion nicht beeinträchtigen und muss negative Effekte der Flächenkonkurrenz**

vermeiden. Nachwachsende Rohstoffe, z. B. Holz aus Kurzumtriebsplantagen und organische Reststoffe, können demgegenüber in vielfältiger Form zur Energiegewinnung eingesetzt werden, ohne zusätzliche Nutzungskonkurrenz auszulösen. Wie bei der landwirtschaftlichen Produktion zu Ernährungszwecken sind auch hier die Nachhaltigkeit der Produktion und eine größtmögliche Effizienz im Sinne des Klimaschutzes zu gewährleisten. Auch können Energiepflanzen, die auf Böden wachsen, welche sich kaum zur Lebensmittelerzeugung eignen, ein beachtliches Potenzial haben. Die FDP befürwortet innerhalb Deutschlands eine Steuerbefreiung von Biokraftstoffen. Seit der im schwarz-roten Koalitionsvertrag beschlossenen Einführung der Besteuerung für Biokraftstoffe und der Festlegung einer Zwangsbeimischung erleidet die gesamte Biokraftstoffbranche in Deutschland einen dramatischen Niedergang. Zahlreiche Arbeitsplätze vor allem in den ländlichen Räumen gingen seitdem verloren. Biodieseltankstellen und Biokraftstoffunternehmen mussten ihre Werkstore schließen. So haben vor Beginn der Besteuerung 1.900 Tankstellen in Deutschland Rein-Biokraftstoffe angeboten. Heute sind es nur noch 150. Zudem hat die Politik der Bundesregierung dazu geführt, dass die Zwangsbeimischung insbesondere importierte Biomasse begünstigt. Der damit verbundene erhöhte Anreiz zur Anlage von Palmölplantagen trägt zur Zerstörung ökologisch wertvoller Urwälder bei.

**DIE LINKE.** In Europa stehen Anbauflächen nur begrenzt zur Verfügung. Nahrungsmittel für die Selbstversorgung haben Vorrang. Die Blockierung von EU-Flächen für Agrarexporte sehen wir kritisch. Stattdessen sollten solche Flächen für einen sinnvollen Anbau von Futtermitteln oder Biomasse genutzt werden, wobei die Strom-Wärmeerzeugung Vorrang vor Kraftstoffnutzung haben muss. Die Biokraftstoffstrategie der Bundesregierung ist durch Beimischungszwang und Besteuerung gescheitert. Die LINKE hat sich immer für die Förderung (direkt, indirekt) einer dezentralen Erzeugung und Nutzung reiner Agro-Kraftstoffe und die Einbindung der energetischen Biomassenutzung in regionale Kreisläufe ausgesprochen. Wir wollen eine umweltverträgliche Biogas-Produktion stärken, weil Energieertrag und Klimaschutzbeitrag hier am höchsten sind. Die LINKE setzt sich für einen Import – Stopp von Rohstoffen zur Agrospritgewinnung ein, da die ökologischen und sozialen Folgen des Energiepflanzenanbaus in den führenden Agrarrohstoffproduzenten des Südens katastrophal sind.

**CDU** Der Einsatz und die Entwicklung von Biokraftstoffen kann einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen leisten. Sie bieten durchaus auch Chancen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Unser Ziel ist es, den Anbau nachwachsender Rohstoffe zu unterstützen, ohne die Ernährungssicherheit zu gefährden. Derzeit gibt es keine kritische Konkurrenz, denn bei nahezu allen Agrarerzeugnissen herrscht eine Überschuss-Situation auf den Märkten. Gleichwohl muss die Erzeugung und Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie nachhaltig gestaltet werden. Deshalb wollen wir die Biokraftstoffstrategie überarbeiten. Wir setzen uns für die Entwicklung und internationale Etablierung verbindlicher Nachhaltigkeitsstandards mit ökologischen und sozialen Kriterien sowie effektive Zertifizierungssysteme ein. Die Rodung des Regenwaldes für den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Erzeugung von Bioenergie muss gestoppt werden. Gleichzeitig werden wir die Entwicklung von Biokraftstoffen der zweiten Generation aus Reststoffen zügig vorantreiben.



Die energetische Nutzung von Biomasse macht nur dann Sinn, wenn sie dem Klimaschutz dient, den Naturhaushalt nicht schädigt und der lokalen Bevölkerung neue und zusätzliche Einkommen bietet. Diese Zielsetzungen werden in vielen Fällen nicht erfüllt. Bündnis 90/Die Grünen wollen diese Entwicklung stoppen und über klare und verbindliche ökologische und soziale Kriterien (z. B. Mindestlohn, deutlich positive Klimabilanz, Schutz natürlicher Flächen, Verbot von Gentechnik) den Anbau von Energiepflanzen regeln. Gleichzeitig wollen wir weg von der Beimischung von Agrotreibstoffen aus Übersee hin zur Verwendung reiner Pflanzenöltreibstoffe, die vornehmlich dezentral in Deutschland erzeugt werden. Nach dem Hin und Her der schwarz-roten Bundesregierung muss die Politik hier endlich klare Rahmenbedingungen schaffen. Zur Energieerzeugung wollen wir neben Wind, Sonne und Wasser vorrangig biogene Abfälle und landwirtschaftliche Nebenprodukte einsetzen.

**SPD**

Wir wollen nur die Biomassepotentiale nutzen, die umweltverträglich und nachhaltig bereitgestellt werden können. So werden wir die Anrechenbarkeit von nicht nachhaltigem Soja- und Palmöl für die Stromerzeugung im Rahmen des EEG und für den Nachweis der Quotenpflichten bei Kraftstoffen unterbinden. Die Nachhaltigkeitsverordnungen werden im Laufe dieses Jahres verabschiedet werden. Der Anteil der Biomasse am Endenergiebedarf kann im Jahr 2020 auf 11 % und im Jahr 2030 auf 13 % steigen. Da das Biomassepotential in Deutschland im Jahre 2030 voraussichtlich weitgehend erschlossen ist, steigt dessen Anteil am Endenergieverbrauch bis 2050 wahrscheinlich nur noch aufgrund der weiter fortschreitenden Effizienzsteigerungen auf dann ca. 17 % an. International wird in den nächsten Jahren die Frage der Nachhaltigkeit der Bioenergien, Biorohstoffe, Biomasse und v.a. des Biomasseanbaus stärker im Fokus stehen. Die internationale Vereinbarung von entsprechenden Standards sowie der Aufbau eines international anerkannten Zertifizierungssystems werden hierbei im Vordergrund der Aktivitäten stehen. Mit der neu gegründeten IRENA, dem bestehenden GBEP sowie dem ISCC-Projekt der Bundesregierung sind entsprechende Institutionen vorhanden, die sich an dieser Arbeit beteiligen werden. Diese wollen wir beim weiteren Prozess stärken und ausbauen. National haben wir mit dem Deutschen Biomasse-Forschungszentrum (DBFZ) eine neue, zentrale nationale Institution für diesen Bereich ins Leben gerufen, deren Aktivitäten und Forschungsprojekte in den nächsten Jahren gestärkt und ausgeweitet werden müssen. Neben der Entwicklung von neuen Technologien z.B. zur verstärkten Ganzpflanzennutzung soll auch der Fokus auf die Analyse von möglichen Nutzungskonkurrenzen bei der Biomassenutzung und die Identifizierung von Lösungsansätzen gelegt werden.



keine Antwort

## 6. Zu guter Letzt

**Frage: Wo steht der Ökologische Landbau nach Ihrem Wunsch im Jahr 2020?**

**FDP**

Die Liberalen

Die Perspektiven für den ökologischen Landbau sind gut. Deshalb müssen die agrarpolitischen Rahmenbedingungen weiter verbessert werden.

**DIE LINKE.**

Der Ökologische Landbau hat eine noch höhere Akzeptanz bei Verbraucherinnen und Verbrauchern und schafft es, wieder höhere Marktanteile aus der inländischen Produktion zu erreichen. Der Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche hat sich mindestens verdoppelt, regionale Verarbeitungs- und Handelsstrukturen sind mitgewachsen. In ganz Europa und weltweit ist der Ökolandbau auf einem nachhaltigen und kräftigen Wachstumskurs. Für die vor- und nachgelagerten Bereiche ist der Ökolandbau zu einem unverzichtbaren Bereich geworden. In der Agrarforschung, in der Aus- und Weiterbildung sowie in der Pflanzen- und Tierzucht haben sich nachhaltig eigene Strukturen für die Ökologische Landwirtschaft etabliert.

**CDU**

Wir wünschen uns, dass die deutschen Ökobetriebe 2020 wirtschaftlich gut dastehen und ihre Chancen am Markt ökologisch erzeugter Lebensmittel voll nutzen können.



Der ökologische Landbau ist mit Hilfe von weiterer Innovation, Forschung und Entwicklung zum Leitbild der Agrarpolitik geworden und alle agrarpolitischen Instrumente sind entsprechend reformiert. In Deutschland haben wir schon vor fünf Jahren den Anteil von 20 Prozent Ökolandbau an der Gesamtfläche überschritten und sind nun auf gutem Weg, die 50 Prozent-Marke zu knacken. Das Einkommen der Betriebe ist durch Preise gesichert, die fair für ErzeugerInnen

und VerbraucherInnen sind. Die VerbraucherInnen sind gut über Ernährung und Lebensmittel informiert, schätzen Agrarkultur und Genuss am Essen. Die ernährungsbedingten Krankheiten sind auf ein Minimum reduziert.



Die SPD hat sich in Ihrem Grundsatzprogramm dem Leitprinzip der Nachhaltigkeit verpflichtet. Ökologische Landwirtschaft ist nachhaltige Landwirtschaft. Für uns der Anteil wünschenswert, der diese Kriterien erfüllt. Die im Fortschrittsbericht genannte Marke von 20 % unterstützen wir, sie sollte jedoch eine untere Grenze sein.



*keine Antwort*